

Der volkswirtschaftliche Schaden ist immens

Referentenentwurf zum Energiesammelgesetz sieht keinen Sonderbeitrag für Offshore-Windenergie vor

Bremerhaven, den 09. November 2018 — Ab 2019 soll der Ökostromanteil in Deutschland mithilfe von Sonderausschreibungen für Windenergie an Land und für Solarenergie deutlich ausgebaut werden. Für die Windenergie an Land ein wichtiger Meilenstein. Gleichzeitig enthält der Referentenentwurf zum Energiesammelgesetz von CDU, CSU und SPD nicht den ursprünglich im Koalitionsvertrag vereinbarten Sonderbeitrag für die Offshore-Windenergie. Ein Desaster, findet Andreas Wellbrock, Geschäftsführer des WAB e.V.

Der Gesetzentwurf sieht Sonderausschreibungen für die Onshore-Windenergie in den Jahren 2019, 2020 und 2021 vor. Gleichzeitig gaben die Koalitionäre bekannt, dass die Akzeptanz für den Ausbau von Windenergieanlagen an Land erhöht werden soll. Eine Arbeitsgruppe soll Themen wie Mindestabstand oder Höhenbegrenzung behandeln. Die Offshore-Windenergie hingegen wird im Referentenentwurf nicht mit einem Sonderbeitrag bedacht.

Wie bereits im September beim Aufruf Windenergie, einem Schulterschluss von Politik und Verbänden, verdeutlicht, muss der Ausbaupfad für die Offshore-Windenergie deutlich angehoben werden. Die WAB fordert deswegen, dass noch im ersten Halbjahr 2019 zusätzliche Offshore-Beiträge vergeben werden. Laut des Verbandes gibt es freie Konverter-Kapazitäten von 660 Megawatt (MW), die sofort verfügbar sind. Zusätzlich hat der Übertragungsnetzbetreiber 50Hertz kürzlich verlautbart, dass allein in der Ostsee noch 900 MW problemlos abgeführt werden können. In Summe könnten somit ad hoc 1,6 Gigawatt (GW) vergeben werden. Der Übertragungsnetzbetreiber TenneT hat zudem angeboten, einen weiteren Konverter in der Nordsee zu errichten.

„Der volkswirtschaftliche Schaden ist immens, wenn freie Kapazitäten nicht genutzt werden,“ sagt Andreas Wellbrock. Und weiter: „Dass die Offshore-Windenergie nicht mit einem Sonderbeitrag bedacht wurde, um diese Lücke zu schließen, ist ein absolutes Desaster“. Sollte das Ergebnis nicht nachgebessert werden, wird erst im Herbst 2019 über weitere Ausbaupfade bis 2030 entschieden. „Viel zu spät, um das Ziel von 65 Prozent Erneuerbarer Energien im Stromsektor zu erreichen, der Industrie einen verlässlichen Rahmen zu bieten und damit tausende von Arbeitsplätzen zu sichern“, warnt Wellbrock.

Kontakt für Presseanfragen: Andreas Wellbrock | Geschäftsführer WAB e.V. | Tel.: +49 (0) 172 754 6336 | E-Mail: andreas.wellbrock@wab.net

Gefördert durch:

